

Sarzer Volksstimme

(Halberkädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Bernigerode.

Wesenspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Beringelohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich (jedmal mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Bestellungen werden in der Geschäftsstelle von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. **Abbestellen** u. **Veränderl.**: Buchhandl. Dornlag 48, Fernruf 2114. **Verlag**: Buchverlag Kugelblat, Paul Meber, G. m. b. H., Bernigerode, für Postamt Nr. 2114, Postfach, für den Abzug Teil Meber & Matthies, für Adresse u. Inserate Karl Zeff, Siml. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnette oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Bernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklametteile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Fällen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. **Anzeigenannahme** in der Geschäftsstelle Dornlag, Dornlag 48 (Fernruf Nr. 2114), Postfach Bernigerode 4826 und Volksbuchhandlung (Steigerstraße) Bernigerode, Burgstraße 5.

Nr. 97.

Wittwoch, 25. April 1928.

3. Jahrgang.

Die Wahlen in Frankreich.

Ein besseres Resultat als vorher erwartet.

Paris, 24. April. (Eig. Funken). Die im sozialistischen Parteifaktariat vorgenommene Fällung der für die sozialistischen Kandidaten in ganz Frankreich abgegebenen Stimmen ergibt ein bemerkenswertes und erfreuliches Resultat.

Das heißt sind 1.620.000 sozialistische Stimmen geblieben. Das sind 25.000 Stimmen mehr als die sozialistische Partei am 16. November 1919 bei den ersten Wahlen nach dem Kriege erzielt hat, als sie noch nicht durch die Bolschewisten gestoppt war. Dabei ist die Zahl der Wahlberechtigten seit 1919 kaum gefallen. Ein Vergleich mit 1924 ist deshalb nicht möglich, weil damals die Partei zum großen Teil gemeinsame Listen mit den bürgerlichen Wählerpartien gebildet hatte.

Es fehlen noch einige Ergebnisse aus den überseeischen Kolonien. In denen sozialistische Kandidaten in mehreren Fällen aufgestellt wurden. Der auf der Weltweitlichen Arbeit Bundkonferenz aufgestellte ehemalige Generalsekretär der kommunistischen Partei, François, der seit etwa drei Jahren wieder der sozialistischen Partei angehört und seit einigen Monaten Redakteur am „Populaire“ ist, ist bereits gewählt.

Was wird am kommenden Sonntag?

Das Interesse aller politischen Kreise in Frankreich konzentriert sich schon jetzt auf die Frage, wie die Stichwahlen am nächsten Sonntag organisiert werden sollen. Es ist bezeichnend für die Ernüchterung, die nach dem ersten Aufbruch im Lager der Rechten Platz genommen hat, daß auch dort heute die soziale Disziplin aller Parteien der nationalen Einheit gefordert wird, um die Sozialisten und Kommunisten aus dem Spiele zu schlagen. Die Tatsache, daß die Sozialisten mit insgesamt 1.620 Millionen Stimmen loger einen beträchtlichen Stimmengewinn verzeichnen konnten, drückt die Hoffnungen der Reaktion auf den zweiten Wahlgang sehr wesentlich heraus.

In verschiedenen Wahlkreisen sind bereits Verhandlungen angeknüpft worden, um das Bündnisproblem des alten Einheitspartei wieder in Gang zu bringen. Allerdings kann über die endgültige Gestaltung dieses Bündnisbündnisses nichts gesagt werden, weil noch keine Entscheidung der Parteien vorliegt.

Nur die Kommunisten sind sich heute schon klar über das, was geschehen soll. Sie wollen tatsächlich ihren eben so unheimlich wie arbeitserföndlichen Kampf gegen die Sozialisten bis aufs Messer fortführen. „Unsere Partei hält bei den Stichwahlen“, so schreibt heute die „Humanité“, „alle Kandidaten gegen die Sozialisten aufrecht. Die Sozialisten wollten vom Wein der nationalen Einheit

trinken. Jetzt sollen sie den bitteren Reiz bis zur Reize leeren. Man konnte uns nicht mit dem Unfug, daß wir damit das Spiel der Reaktion begünstigen, weil wir die Arbeiterstimmen verpfänden. Die Reaktion kann doch nie mit dem Sinnzettel gefangen werden. Der Sozialismus hat kein Recht mehr, einen Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, denn er hat sich verbürgerlicht und ist schon regierungstüchtig geworden.“

Das ist dieselbe unheimliche Phrase, wie sie auch in Deutschland von den Bolschewiken beliebt wird. Und diese Ideen zugeben reden sie, obwohl noch kein einziger Kommunist aus eigener Kraft gewählt ist. Ohne sozialistische Hilfe würden die Kommunisten nicht ein einziges Mandat bekommen. Es wäre schon möglich, wenn die Partei diese Wastauer Phrase einmal ihrem Schicksal überlasse. Aber in Frankreich wird es so kommen, daß unsere Genossen, wie Leon Blum es schon tat, zu Gunsten der Kommunisten zurücktreten und diese für Boicote arbeiten. Ebenso wie seinerzeit in Deutschland Thälmann für Hindenburg.

In Deutschland werden die Arbeiterwähler diesem Unfug am 29. Mai ein Ende machen.

Zwei Gegner.



Tolpauer und Leon Blum.

Wo sitzen die Hecker?

Weshalb verbietet Herr von Kuehnel nicht die deutschnationale Partei und den Landbund?

Der rote Frontkämpferbund stellt nach den Ansichten des deutschen nationalen Demokratischen eine Gefahr für den Staat und für den ruhigen Verlauf der Reichsverfassung dar. Kuehnel führt die Auffassung auf Vorkommnisse der letzten Zeit und auf Brandreden kommunistischer Rednerkolonnen bzw. revolutionäre Redensarten der kommunistischen Presse. Wir wollen uns mit diesen Phrasen nicht näher befassen. Aber wenn sie schon eine Gefahr für den Staat und den ruhigen Verlauf der Wahlbewegung darstellen und zu einer Unterbindung der rote Frontkämpferbund werden sollen, dann hätte die deutschnationale Partei und der Reichslandbund längst verbieten werden müssen. Was sie sich in den letzten Wochen an unverantwortlicher Hege gegenüber dem Staat geleistet haben, ist nicht mehr zu übersehen. Ihre einzige Probe.

In einer Generalversammlung des Landbundes des Reiches Deutsches lagte der bekannte deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Wittenberg am 1. Februar 1928: „Und wenn es sein muß, so werden wir uns auch nicht nur der geistigen Waffen bedienen ...“ Dann kämpfen wir mit anderen Mitteln, wie sie der Herrgott in unsere Hand gelegt hat.“

Im gleichen Monat erklärte der bekannte Stahlhelmführer Dührberg auf einer Tagung des Landbundes des Saalekreises in Halle: „Gehen Sie mit Hunderttausenden von uns auf die Straße, um Ihre Forderungen durchzusetzen, und wenn auch einige liegen bleiben. Sie werden hier viel erreichen.“

Der Landbund der Dörfliche ließ kürzlich einen Aufruf an den Berliner Anführer des Stahlhelms, in dem folgende Worte: „Gnade Euch Gott Ihr Vorkämpfer, wenn der Bauer aufsteht im Lande.“ — Weiter heißt es dann: „Werdet aber auch geistig bereit, mit Euren Leibern den Kampf zu führen.“

Im März sagte der deutschnationale „königliche Landrat“ a. D. von Pöhlitz, Berlin nach der „Norddeutschen Presse“ in Potsdam: „... denn wir werden wir noch irgendwo im Walde einen Stod finden, dann werden wir geschlossen zu Hunderttausenden nach Berlin ziehen, um dort, wie einst die schwedischen Bauern, unser Recht zu vertreten.“

Der „Oberbairner Landbund“ sagte am 3. März

1928 in Weizien eine Entschließung mit folgenden Kernsätzen: „In allen Verfassungen ist der Kampf zu organisieren, insbesondere durch Sicherstellung der Reichswehrvermittlung und der Reichswehrbereitschaft aller 16. bis 60jährigen. Schriftliche Berichterstattung zu fordern. Wir sind nicht gewillt, Zwangsmaßnahmen weiter zu ertragen.“ Die Zahl steht im Sinne, der Staat heißt uns, das Schicksal dieses Staates wird an der Dorfgemeinschaft scheitern.“

Auf einer Tagung des Hannoverischen Landbundes in Göttingen sagte der Vorsitzende Cordes, ebenfalls deutschnational, nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ vom 10. März 1928: „Wir sollen uns nicht von unserer Scholle trennen. Wenn befohlen wird: „Das Gewehr über, die weiße Armee steht bei Göttingen“, dann hat alles zu geschehen.“

An diese Hege von landesnationaler Seite reichen die Kommunisten mit ihren blutigen Phrasen nicht einmal heran. Trotzdem hat der deutschnationale Innenminister die Hege nicht einmal gewagt. Den roten Frontkämpferbund aber will er verbieten, obwohl Mitglieder dieser Organisation sich nicht mehr und nicht weniger haben aufhören kommen lassen als viele Anhänger der deutschnationalen Partei und des Stahlhelms. Drauflosler kann u. G. die „Objektivität“ des deutschnationalen Parteiministers von Kuehnel kaum bestritten werden.

Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Auf Grund der Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

kann ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit festgestellt werden. Ende März waren insgesamt 9,3 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, (Ende Februar 10,5 Prozent), während 3,6 (3,5) in Kurzarbeit standen. Ende März 1927 waren 11,8 Prozent arbeitslos und 4,3 Kurzarbeiter.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist ziemlich allgemein. Nur in der Lederindustrie ist eine Verschönerung eingetreten. Am meisten ist auf bei den Schreiner- und Tischlerarbeiten ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Am stärksten ist der Rückgang in den Bauarbeiten und Gärtnern. Aber auch hier waren noch Ende März 29 Prozent (28,8 Prozent) arbeitslos.

Vor dem zweiten Wahlgang.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Paris, 23. April. (Eig. Drahtber.)

Im Laufe des Montag ist in der Verteilung des Wahlergebnisses ein unveränderter Stimmungsumschwung eingetreten, der in allen Wählern von rechts bis links zum Ausdruck kommt. Der erste Eindruck in der Nacht vom Sonntag zum Montag fand im Frühen der zunächst eingetragenen Ergebnisse von Paris und Umgebung. Daher die Zufriedenheit auf der Rechten und die Gedrücktheit bei den Sozialisten, auf die vor allem das scharfe Abschneiden von Leon Blum deprimierend wirkte. Anzeichen sind aber die Ergebnisse aus dem ganzen Lande eingetroffen, zuletzt die für die Partei sehr wichtigen Wählungen aus dem industriellen Norden und aus den ländlichen Gegenden Südfraנקes. Es sind zwar dort fast ausschließlich Stichwahlen notwendig, aber in den meisten Fällen sind die Ausföhrer für die sozialistischen Kandidaten recht gut. Am Norden brauchen allerdings die Sozialisten weitestens einen Teil der kommunistischen Stimmen, um die reaktionären Kandidaten zu besiegen. In den meisten Fällen dürften sie diese Stimmen sowohl von der einen wie von der anderen Seite erhalten.

Die Parole **Moskaus**, die ausföhrlichsten kommunistischen Kandidaten aufrecht zu erhalten ist einfach und durchföhrbar geworden; denn einmal würden sich die kommunistischen Wähler angesichts der drohenden reaktionären Gefahr zum großen Teil um diese Parole einfach nicht kümmern, auf der anderen Seite brauchen die Kommunisten unbedingt die sozialistischen Stimmen, um überhaupt irgendwelche Kandidaten im zweiten Wahlgang durchzuführen. Da die führenden Kreise der sozialistischen Partei sich in ihren Programmen in unzweifelhaftig geäußert haben, wie sie jetzt offen zugeben und besonders in der Synopsid deutlich scharfer abgegrenzt haben, als sie es hatten, müßten wir diesmal nicht, alle auf die nun neuerdings wiedergetragenen Optimismus bauen, der logar abermals die Möglichkeit eines sozialistischen Kandidatenzuzuwahes gegenüber der alten Kammer für gegeben hält. Aber nach charakteristischer sind die befragten Kommentare der Rechten, vor allem im „Antirationalist“, über die Gefahr eines gescheiterten Abgehens der Einheitspartien, d. h. der Sozialisten aus den Kommunisten und der Kandidaten mit den Sozialisten am nächsten Sonntag.

Alle Wähler von rechts bis links stimmen ebenfalls darin überein, daß man einstweilen noch gar nichts sagen kann, daß der erste Wahlgang das Land in einen Zustand der Konfusion und der Ungewißheit gelassen hat und erst der zweite Wahlgang für das künftige Schicksal des Parlaments und für die Regierungspolitik der nächsten Zeit den Ausschlag geben wird.

In den nächsten Tagen werden die sozialistischen Bezirksverbände in den Ergebnissen des ersten Wahlgangs Stellung nehmen und die Partei für den zweiten Wahlgang ausgeben. Nach den Beschlüssen des letzten Parteitagung kann von einer einheitlichen Parole für ganz Frankreich nicht die Rede sein, vielmehr haben die einzelnen Bezirksverbände freie Hand. Auch innerhalb der einzelnen Bezirksverbände, namentlich im Seine-Departement, wird es keine einheitliche Taktik geben, sondern man wird sich von Fall zu Fall in jedem einzelnen Wahlkreis entscheiden.

Eine vorläufige Fällung in ganzen Lande ergibt ungefähr

1.600.000 sozialistische Stimmen.

Die Kommunisten besitzen mit etwa 1.100.000 Stimmen noch erheblich hinter den Sozialisten zurück, allerdings haben sie rund eine Viertelmillion Stimmen gewonnen. Das haben sie vor allem der Anpreisung der Massen über die Lenkung und der Empörung über die Verfolgungen durch die Regierung und über die möglichen Befängnisurteile der militärischen Gerichte zu verdanken. Außerdem ist nicht zu verkennen, daß die nicht immer taugliche Taktik der sozialistischen Fraktion in den letzten vier Jahren dazu beigetragen hat, den Kommunisten einen Stimmengewinn zu verschaffen. Man hatte bei den letzten Wahlen des Einheitspartei gebildet, zwar nicht überall, aber doch in den meisten Departements. Das war notwendig um den Fäden des früheren Wahlrechts zu ergreifen und auch, wie Leon Blum kürzlich mit Nachdruck betonte hat, um durch eine Niederlage des nationalen Blocks eine Friedenspolitik der Linken zu ermöglichen. Die logische Folge dieser Wahlkoalition wäre eine offene Regierungskoalition gewesen. Vor dieser Konsequenz ist man jedoch zurückgewichen, weil man angesichts der ganzen Tradition der französischen Partei eine interne Fraktion befürchtete. Man hat aber die Unterhändlerpolitik gegenüber der Regierungsmehrheit und Poincaré 1 1/2 Jahre lang geübt. Die Poincaré ans Ruder kam, ging man zur Opposition über, aber es war eine „loyale Opposition“, die sich auf sachliche Streit der Finanzmaßnahmen Poincarés beschränkte. Vielen Arbeitern genügte die sachliche Kritik an den Handlungen der Regierung nicht. Die wilde Opposition der Kommunisten lagte vielen Protestierern mehr zu. Dazu kommt noch, daß die Partei durch die Haltung Paul Boncourcs in Genf und durch das Militärgericht, das nach ihm benannt wird, kompromittiert wurde. Endlich gab es gerade in den letzten Monaten der verschönten Parlamentsession wiederholt Fälle, in denen die Fraktion bei wichtigen Abstimmungen auszuscheiden. Die Kommunisten hatten also verhältnismäßig leichtes Spiel, in den Wahlversammlungen die Sozialisten zu kritisieren. Sie müßten infolge dessen die größten Teil ihrer Zeit in den Versammlungen damit abgeben, die Taktik der Fraktion zu erklären und auch die Handlungen Paul Boncourcs zu entschuldigen. Das war nicht immer leicht.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder!

Der 1. Mai, der Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder kommt heran. Er ist in diesem Jahr von besonderer Bedeutung. Der Achtundzestag, dessen Ergebnis es von Anfang an gemaß war, hielt allen Vorkämpfern der Arbeiterbewegung die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf nur große Fortschritte gemacht in allen Ländern, ja große, bald der Achtundzestag

fast überall, wo die Industrie herrscht, vor der Verwirklichung steht. Aber der Achtundzestag muß kommen und er wird kommen. Dafür werden die organisierten Arbeiter sorgen.

Die Sozialpolitik, für die wir am 1. Mai auch stets unsere Stimme erheben, hat gleichfalls von Jahr zu Jahr Boden gewonnen. Wir können das mit Stolz sagen, denn es ist nicht zuletzt unser Wert, auf das wir dabei verweisen. Wir erkennen den Fortschritt an, aber wir leben auch die Kritik. Viel, außerordentlich viel steht noch zu tun. Dazu haben wir, genau wie beim Kampf um den Achtundzestag, Arbeiter-Gewerkschaften, es bedarf auch einer starken Arbeiterpartei, die im Rechtsstaat vorwärts drängt. Der 1. Mai ist in diesem Jahr der Achtundzestag.

Am 20. Mai

werden der Reichstag und verschiedene Landtage neu gewählt. Dabei gehen unsere Mitglieder die Stimme ab für die einzige deutsche Arbeiterpartei,

für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Sie allein ist die Partei, auf deren Unterstützung wir jeberzeit rechnen können bei der Verwirklichung unserer sozialpolitischen Ideen. Dieser Partei ist bei der Wahlarbeit in weitem Maße zu helfen. Damit dienen wir auch dem Volkfrieden, der trotz aller traurigen Erfahrungen im Weltkrieg noch immer gefährdet ist. Wir wollen mit unseren Kameraden in Frieden leben, aber der Weltfriede und damit der Arbeit dient. Damit dienen wir aber auch dem besten demokratischen Bewußt, die bewiesen hat, daß sie den Frieden will, der Republik, die wir brauchen als wichtigsten Stützpunkt im Kampf gegen wirtschaftliche Unterdrückung, im Kampf für Fortschritt. Die Quelle jeden Fortschritts aber ist die Organisation.

Stolz steht die deutsche Arbeiterbewegung da.

Die Gewerkschaften haben im vergangenen Jahre 500.000 Mitglieder neu gewonnen. Das darf nur der Anfang des Fortschritts sein.

Arbeiter, organisiert euch!

Feiert den 1. Mai in würdiger Form!

Der fünftägige Gewerkschaftskongress vermahnt mit 73 gegen 22 Stimmen eine von der Opposition eingebrachte Entschließung, nach der in Gemeinschaft mit den russischen Gewerkschaften eine gewerkschaftliche Weltkonferenz einberufen werden soll. Diese Konferenz sollte den Zweck der Bildung einer internationalen Gewerkschaftsinternationale haben.

Soziales.

Die Berliner Ernährungs-Ausstellung.

Am 5. Mai wird am Kaiserdomm in Berlin die Ernährungs-Ausstellung eröffnet, die bis Mitte August 1923 dauern soll. Die Wichtigkeit der Ernährung für einen lebensfähigen Nachwuchs ist gerade in den Jahren nach dem Zusammenbruch mehr als je betont worden. Die Grundzüge unserer Volksernährungspolitik haben sich unter Einfluß der Kolonialpolitik auf jeden Gebiet Landwirtschaften zu ergeben, dahin geht, daß es nicht auf einer möglichst großen Geburtenzahl ankommt, sondern darauf, möglichst lebensfähige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu erzeugen. Unbestritten ist auch, daß die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit sehr von der Ernährung abhängt. So hat zum Beispiel in der Ernährung die Verwendung von mineralischen Stoffen zugenommen. Und doch ist das große Gebiet der Ernährung wissenschaftlich sehr wenig erforscht. Die Berliner Ernährungs-Ausstellung hat die Aufgabe, Arbeiten auf diesem Gebiet anzulegen, und die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen über eine rationellere Ernährung in weite Kreise zu tragen. Hinter der Ausstellung stehen das Reichsernährungsministerium, das Preussische Landwirtschaftsministerium, das Reichsgesundheitsamt und die gesamte Wissenschaft. Das Deutsche Hygiene-Museum wird eine besondere Veranstaltung. „Der Mensch und seine Ernährung“, bieten. In der lehrreichen Abteilung sind naturgroße Fabrikanlagen vorgelesen, die in vollem Betrieb sind und Nachbisse vor den Augen des Publikums veranschaulichen. Besondere Beachtung dürfte der Plan der Berliner Ausstellungsgesellschaft finden, die während der Dauer der Ausstellung ihre Unterrichts- und Arbeitsräume in die Hallen am Kaiserdomm verlegen.

33 Kabinettsordres Friedrichs II.

37 Jahre altlicher Urkunden lagen malsversteht auf dem Schreibtisch der vierten Straßkammer des Landgerichts 3 Berlin, das in der Berufsungsinstanz gegen den Straßkammeroberwachmeister Fischer eine Diebstahlsangelegenheit verhandelte. Das Kernstück dieser eigenartigen Dokumentensammlung bilden 33 Kabinettsordres Friedrichs des Großen, die sich mit der von seinem französischen Finanzminister de la Hogue de l'Union eingerichteten Münz- und Jöllerwahrung befassen. Diese Dokumente hatte der Angeklagte verheimlicht, er war deshalb von Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt worden. Gegen das Urteil legte Fischer Berufung ein. Die Berufungsinstanz riefte die Vorgänge, die zur Anklage führten, noch einmal auf.

Seit 100 Jahren hatte man nach dem Nachlaß des Finanzministers Friedrichs 2. vergeblich gesucht. Schließlich glaubte man, daß der Minister die Dokumente mit nach Ungarn genommen habe, als er, bei dem Nachfolger Friedrich 2. in Ungnade gefallen, Preußen verlassen mußte. Zufällig befanden sich die gesuchten Aktenstücke aber im Finanzministerium. Darüber wurde man durch den Spürhund des jetzt angeklagten Straßkammer-Oberwachmeisters Fischer belehrt. Das preussische Finanzministerium hatte die Akten nämlich einer Straßkammer überlassen, wo sie gelistet werden und dann als Altpapier nach Regal wandern sollten. Bei einer Säuberung habe der Angeklagte eine Urkunde mit eigenhändiger Unterschrift Friedrichs des Großen gefunden. Das interessierte ihn. Er las das Dokument, suchte weiter und fand schließlich ganze Bände von Kabinettsordres. Dem Angeklagten tat es um die alten Papiere viel, obwohl er von ihrem tatsächlichen Wert damals noch keine Vorstellung hatte. Er fortierte sie auf einen besonderen Stapel. Dann berichtete er seinem Vorgesetzten, dem Oberinspektor Schröder, von seinem Fund; auch einem anderen Vorgesetzten machte er Mitteilung. Schröder aber sagte ihm, es sei Altpapier, das vernichtet werden sollte, und darum wolle er es auch vernichten. Fischer überlegte nun, wie er die Akten, von denen die meisten Preußen verlassen hatte, die aber unermesslich zum Einkommen beizubringen, in seinen Besitz bringen könnte. Er fragte Schröder, ob er die Urkunden nicht als Altpapier erwerben könnte. Dieser Weg erwies sich aber als nicht gangbar. Fischer schürte deshalb die Dokumente in ein Bündel, machte es durch eine besondere Schürm fernlich und taufte dann das Paket mit seinem wundertönen Namen in Gestalt von 100 kg Altpapier auf 150.000 Papiermark.

Die Kenntnis dieser Vorgänge gelangte an die Öffentlichkeit durch die Vernehmung des Staatsanwalts Dr. Weigert, der ausfragte, daß sich in seiner Gegenwart als Richter beim Hofgericht

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Kohlenpreiserhöhung im Ruhrbergbau?

Essen, 24. April. (Eig. Funkt.). Im Zusammenhang mit der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts im Ruhrbergbau hat das Rheinisch-Westfälische Kohleninsitut zum 1. Mai eine Kohlenpreiserhöhung beantragt. Die Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Reichskohlenrates findet am 2. Mai statt. Anzusehen wird das Ergebnis über das zu beantragende Maßmaß der Preiserhöhung und über „sonstige Maßnahmen“ beraten.

Zur Dachsieder-Lohnbewegung.

Berlin, 24. April. (Eig. Funkt.). Der demokratische „Berliner Bärntenturier“ konnte am Montagabend und Dienstagmorgen wegen eines Leitartikels in seiner Drahterei nicht erscheinen.

Dresden, 24. April. (Eig. Funkt.). Am Donziger Scherstein wurde am Montag ein Spruch dahin gefällt, daß den freitenden Buchdruckerarbeiten eine monatliche Zulage von 3,75 Zulage der Bundesrat zu bewilligen ist. Die Arbeiter haben diesen Spruch angenommen. Die Stellungnahme der Arbeitnehmer steht noch aus.

Schluß eines blinden Postlagers.

Paris, 24. April. (Eig. Funkt.). Eine graunige Einladung machte man bei der Ankunft des Pariser Schnellzuges in Comnes. Ein blinder Passagier hatte auf den Fußern eines Wagens Platz genommen, war aber während der Fahrt von seinem schließlichen Sitz herabgefallen worden. Der Körper war in den Schienen hängen geblieben und wurde in entsetzlicher Weise zerstückelt aufgefunden. Nach den vorgewundenen Papieren handelt es sich um einen italienischen Arbeiter.

Die Osmenflieger.

Newport, 24. April. (Eig. Funkt.). Die Reparaturen an der „Bremen“ sind am Montag fertig nach der Landung des Hülfsfluggeschwaders begonnen worden. Man hofft, sie im Laufe des heutigen Tages beenden zu können. Wenn jedoch der Start der „Bremen“ nach Newport erfolgen kann, ist einweisen noch möglich. Vor Ende der Woche hält man eine Landung in Newport für unwahrscheinlich. Der Transatlantische Chamberlain ist ebenfalls nach Greenly-Inseln gefahren. Er hofft, die Inseln heute zu erreichen.

Zum Kirchenkonflikt in Mexiko.

Mexiko, 24. April. (Eig. Funkt.). Das Oberhaupt der katolischen Kirchen Mexikos, Erzbischof Dr. Joseph Mora, ist fern von seiner Heimat am Sonntag gestorben. Mora ist der eigentliche Urheber des Kirchenkonfliktes in Mexiko. Er hat jederzeit die Priester angefordert, den Verfügungen der mexikanischen Regierung nicht Folge zu leisten und die Kirchen zu schließen.

Massenfest in Berlin.

London, 24. April. (Eig. Funkt.). Der Streik der Textilarbeiter von Bombay hat sich nunmehr auf 42 Spinnereien ausgedehnt. 100.000 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Es kam zu zahlreichen Zwischenfällen zwischen Streikenden und Polizei. Bei einer Gelegenheit machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch; sie tötete einen Arbeiter, ein zweiter wurde schwer verwundet.

Kleine Chronik.

Kellner als Dauerläufer.

Zwei deutsche Kellner laufen von Berlin nach Genf.



Zwei betradete Kellner auf dem Fuhrmarkt Berlin-Genf.

Anlässlich des Jubiläums des Genfer Verbandes für Hotelangehörige, haben sich zwei Berliner Kellner entschlossen, den Weg von Berlin nach Genf in Berufsstellung und zu Fuß zurückzulegen.

lernischen Hausarbeit durch eine Mittelsperson die Urkunden und Dokumente zum Kauf angeboten seien. Der Ankauf bezeichnet gleichzeitig die Handlung des Angefallenen als ein gewisses Bedienstet, da er die Dokumente vor dem Einlaufen gerettet habe. Der Angefallene mit erst später durch Zeugnisaussagen auf den Wert der Dokumente aufmerksam geworden sein; er habe geflohen, durch den Verkauf der Dokumente sich das Geld für eine neue Existenz schaffen zu können.

Das Berufungsgericht hob das erste inoffizielle Urteil auf und sprach den Angefallenen frei.

Ein furchtbares Autobusunglück, bei dem sechs Personen getötet und zehn verletzt wurden, ereignete sich auf einer Landstraße bei Bodz in Polen. Die Schuld an der Katastrophe trägt der Straßwagenführer, der den Wagen in einen Graben feuerte. Er selbst konnte rechtzeitig abspringen und kam ohne Verletzungen davon. Der Führer wurde verhaftet.

Von einem Verunglückten erlegt und furchtbar verletzt wurde auf der Eisenbahnstrecke Duisburg-Derschau ein Arbeiter, die Eisenarbeiter vertriehen.

Geltemord. In Montpelier hat eine Frau im Kampf ihren Mann erschossen und sich dem Polizei gestellt. Als sie am nächsten Morgen verurteilt wurde, konnte sie sich an nichts mehr erinnern.

Die Zwangsverteilung über den Berliner Sportpalast ist am Montag wieder aufgegeben worden; die Forderungen der „Bere“, der das Berliner Blattchen unterliegt, und die die gerichtliche Zwangsmaßnahme ermittelte, sind am Montag beglichen worden. Es handelt sich dabei um eine Rechnung in Höhe von 2500 Mark, für die der Sportpalast selbst haftbar war, und um einen Anspruch im Betrage von 1900 Mark, den ein privater Unternehmer an die „Bere“ zahlen mußte. Die Sommerarbeiten des Sportpalastes sind in erster Linie durch die Höhe der Vermögenssteuer herbeigeführt, die meist im Höchstbetrage von 30 Prozent abzuführen war. Ferner mangelte es an Betriebskapital. Die Bondner Verhandlungen über einen Verkauf des Sportpalastes nehmen angeblich einen beschleunigten Fortschritt. Sein Geschäftsführer, der Broß, gegen den Reichsgericht seit letzter in Koblenz während der Reichsgerichtssitzung stattfinden. Wie jetzt bekannt wird, kann diese Sache nicht vernünftig werden, da die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Von der Verteidigung ist ein Antrag auf Unterbrechung des Geschäftsstandes beim eingeleitet worden. Sollte dem Antrag stattgegeben werden, so würde sein für längere Zeit in der pflichtmäßigen Abwicklung des Landgerichts Nürnberg beabsichtigt werden müssen. Der Richter Hoftraut soll nicht in Koblenz zur Verhandlung kommen.

Der Kolonial-Prozess wird wieder aufgenommen. Am 8. Juni dieses Jahres hat die dritte Verhandlung in dem in der zweiten Instanz vertagten Bremer Kuppelprozess Kolonial vor der Bremer Straßkammer aufgenommen werden.

Rorinth vermurüst.

Ein furchtbares Erdbeben hat in der Nacht vom Montag die griechische Stadt Rorinth fast vollständig zerstört. Die großen Gebäude in Rorinth sind fast alle eingestürzt. Die übrigen Häuser weisen große Risse und schwere Beschädigungen auf. Die ganze Stadt ist gleich einem Ruinenfeld. Der Katastrophe sind auch Menschenleben zum Opfer gefallen.

Die ersten, noch schwebenden Stöße wurden schon in den Abendstunden des Sonntagmorgens nachgehört. Kurz vor 10 Uhr ereignete sich dann plötzlich ein außerordentlich starker Stoß, so daß die Einwohner aus den Häusern auf die Straße flüchten. Die Hauptstraße wimmelte von Menschen, die sich, nur notdürftig belästet, hierher geflüchtet hatten. Entsetzenschreie wurden laut, dazwischen mischte sich das Krachen der einstürzenden Gebäude. Ein Telegraphenmast in Rorinth, der hochstehe hatte, telegraphierte ununterbrochen: „Risse, Risse, Risse! Alles verloren.“ Der Mann hielt sich am letzten Augenblick in dem bereits wankenden Telegraphenmasten aus. Als das Haus einstürzte, wurde er unter den Trümmern begraben und getötet. Auch das Gefängnis stürzte infolge der schweren Erderschütterung ein. Die unversichert gebliebenen Gefangenen benutzten die Gelegenheit zur Flucht. Die Soldaten in der Kaserne verließen ihre Quartiere auch während des stärksten Bebens nicht und wurden zum großen Teil unter dem einstürzenden Gebäude begraben. Auch in Patros, in der Provinz Achaia, in Athen, im Babeloi Quartier, im Kanalioi Aghio Kolonon, in Thessaloniki und in Kleinasien wurden starke Erdbeben nachgehört. In Thessaloniki und in Kotonon stürzten ebenfalls zahlreiche Häuser ein. Die Bevölkerung flüchtete auf die Straßen und verbrachte die Nacht unter freiem Himmel.

Die Regierung hat sofort Hilfe in das Erdbebengebiet entsandt und Kruppen abkommandiert, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und Plünderungen zu vermeiden.

alen.
enberg.
e ihm für
schlag des
über auf
erben den
in nieder-
ausgetren
an den
ründe für
aufig nicht

gg.
mit einer
rtig
den nicht
umung

iges An-
onale
egen, in
em Ra-
der eme-
er son-
nicht an

Monar-
cher Be-
gen Ge-
vor Ge-
isungs-
ung einer
jubiläum
Spezial-
halten.
der Klage

ftenfahri-
erant des
unfähig
die Mutter
enbürg
den Klage-
geborn.
Welli,
büch aus
sticht lebe
auf lange
ge gegen
die Beobt.

Der Wahl-
die Klage-
Kandidat
nur 6604
den. Bei
konferen-
tische ihrer

Deutsch-
stufen für
geht vor
00 Mil-
ernehmen
auf deut.

ohen.
at Harz
bung der
allgemein
schleppend
auten im
arty-Dom-
den Dona-
umengung
arme in
nicht vor

in solchen
umföht.
Wahl-
ditionen

Landtags-
bermano-
bermann
im Geiste
welterhin

nationale.
nroffnen.

schweiger
G. beauf-
auf
ruffliche
nicht nach

nach grü-
Kandote



1. Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 97.

Wittwoch, 25. April 1928.

3. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 24. April.

Vorbereitung der Reichstags- und Landtagswahlen.

Mit den folgenden Mitteilungen schließt der Amtliche Preuß. Pressebericht seinen auszugewiesenen Bericht über den Kundentag des Ministers des Innern zur Vorbereitung der Reichstags- und Landtagswahlen am 20. Mai.

Die Wahlhandlung.

Bei der Wahl werden die beiden Stimmzettel in nur einem Umschlag abgegeben. Die Umschläge werden den Wahlkommis- (Wahl)vorleitern amtlich gefertigt. Bei der Ausgabe der Umschläge ist darauf zu achten, daß die Umschläge mit dem Abstempel versehen sind, keinen weiteren Ausdruck tragen und, sofern sie bereits bei einer früheren Abstimmungsbehandlung benutzt worden sind auf darauf, daß sich in ihnen keine Stimmzettel aus früheren Abstimmungen befinden.

Bevor der Wahlvorsteher den Stimmzettel in Empfang nimmt, hat er zu prüfen, ob der Wähler zu beiden Wahlen berechtigt ist. Solche Prüfung ist besonders nötig bei den Anwesenden von Wahlkreisen. Ist der Wähler nicht für beide Wahlen stimmberechtigt, so hat ihn der Wahlvorsteher auszulassen, den Stimmzettel für die Wahl, zu der er nicht berechtigt ist, aus dem Umschlag herauszunehmen, ihn zu zerstören und an sich zu nehmen. Die Herausnahme und Vernichtung des Stimmzettels muß der Wähler selbst vornehmen, ohne den in dem Umschlag zusammengefaßten Stimmzettel wieder zu entsiegeln, so daß wohl der Wahlvorstand an der Farbe des Stimmzettels die Vermeidung des richtigen Stimmes erkennt, daß aber keiner der Anwesenden in den von dem Wähler zu vernichtenden Stimmzettel Einblick nehmen kann. Erklärt ein Wähler in einem solchen Falle, daß sein Umschlag nur einen Stimmzettel enthält, so ist er von dem Wahlvorsteher auszulassen, den Umschlag mit An- halt vor dem Augen des Wahlvorstandes ungesiegt zu zerreißen. Ist dies geschehen, so erhält der Wähler einen neuen Umschlag und einen neuen Stimmzettel nur für die Wahl, zu der er mahlerberechtigt ist, begibt sich in die Stimmabgabe und wiederholt den Wahlakt.

Die Wahl von Vertrauenspersonen bei solchen Stimmberechtigten, die in besonders hohem Alter stehen und sich infolgegeho- rter behindert erklären ist allein der Entscheidung der Stimmberechtigten vorbehalten. Die gesetzlichen Bestimmungen darüber sind viel- fach dahin aufgefaßt worden, als müsse die Vertrauensperson dem Wahlkommis- (Wahl)vorstande angehören; diese Auffassung ist irrig. Es ist auch unzulässig und daher zu verhindern, daß Vertrauenspersonen im Wahlkreis sich in auffälliger Weise als Vertrauenspersonen ausweisen, insbesondere ist auf darauf zu achten, daß in den Kranten- und Pflegeanstalten mit stiftungsbildigen Stimmzetteln seitens des Pflege- und Wartepersonals nicht in der Form der Anbetung von Hilfsbedürftigen bei Ausfüllung des Stimmzettels unzulässige Wahlbeeinflussung getrieben wird.

Der Wahlkommis- (Wahl)vorstand hat dafür zu sorgen, daß die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung nicht gefährdet wird. Anwesenden dürfen im Wahlraum nicht gehalten werden, Plakate und Anschläge der Parteien diesen Wahlkommis- (Wahl)vorstand nicht aushängen. Jegliche politische Propaganda in diesem Raum ist unzulässig. Plakate und Anschläge politischen Inhalts, die bei Beginn der Wahl bereits in diesem Raum angebracht sind, muß der Wahlkommis- (Wahl)vorstand entfernen lassen.

Die Wahlzeit dauert von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Nur in Wahlbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Wahlzeit von den zur Abgrenzung der Wahlbezirke zuständigen Behörden so abgeändert werden, daß sie spätestens um 10 Uhr vormittags beginnt und um 5 Uhr nachmittags endet. Eine solche Abänderung der zuständigen Behörden ist

kein Wahlvorsteher befugt, die Wahlhandlung später zu öffnen oder früher zu schließen. Besichtig kann, wenn alle in dem Wählerverzeichnis eingetragenen Wähler gemäß haben und anzunehmen ist, daß dabei von einem Wahl- (Wahl)vorstand nicht mehr kommen kann der Wahlkommis- (Wahl)vorstand die Wahl schon vor dem Schluß der allgemeinen oder der besonders angeordneten Wahlzeit für geschlossen erklären.



Fremdenschutz im Harz.

An immer wachsenden Maße wird der Harz in den Sommermonaten von Erholungsbedürftigen aufgesucht. Krankenstellen, die Landesversicherungsanstalt und sonstige lokale Einrichtungen haben im Harz Erholungsheime. Im gleichen Tempo mit dieser günstigen Entwicklung wächst aber auch eine unangenehme: Die Belästigung der Fremden durch Bettler usw. Vor 2 Jahren waren im Harz acht Heilerheime auf Waldwegen. Schon im Vorjahr ist die Polizei daran gegangen, durch Verhinderung der Bettler- und Landjägerstationen den Schutz für die Fremden zu verstärken. Ueber die Maßnahmen eines unzulässigen Fremdenschutzes befragten sich Mitte April in einer Zusammenkunft in Bennedecken die Polizeibeamten der Regierungen in Magdeburg, Erfurt und Braunschweig und stellten Richtlinien für den Fremdenschutz im Harz auf. Der Fremdenschutz wird durch Verstärkung der Polizei- und Landjägerstationen durch Beamte in Zivil für

die Zeit vom 16. Mai bis Mitte September in folgenden Gebieten durchgeführt: Wernigerode, Altenburg, Harzburg, Torfhaus, St. Andreasberg, Bronnenandensmühle, Hohenberg, Bennedecken, Lanne Glend. Folgende Stationen werden in diesem Gebiet eingerichtet: Brodenhotel (drei Beamte), Torfhaus Scharfenstein (zwei Beamte), Torfhaus (zwei Beamte), Harzburger Wolfenhausen (ein Beamter). Die Landjägerstationen in Schierke, Braumlage Glend und Hohenberg werden um je einen Beamten verstärkt. Schließlich wird der in Bennedecken und einer der drei in St. Andreasberg stationierten Landjägerbeamten für den Fremdenschutz eingesetzt und von seinem sonstigen Dienste befreit. Zur Regelung des starken Verkehrs auf dem Broden und auf dem Torfhaus wird ein Beamter in Uniform bestellt.

Bei Raubüberfällen sowie schweren Einbruchs- diebstählen liegt die für den Tatort zuständigen Beamten verpflichtet, falls die Täter nicht sofort ergreifen, die Landjäger, Polizeiverwaltungen, einzeln gelegene Hotels und Förstereien der Umgebung und den Oberlandjägermeister in Wernigerode auf dem schnellsten Wege zu unterrichten. Der Oberlandjägermeister gibt dann dem Landrat in Wernigerode Nachricht. Dieser wird die Meldung weitergeben an die Landräte in Queblitz, Nordhausen und Ilfeld, Goslar, Klausthal-Zellerfeld und Osterode am Harz, ferner an die Kreisdirektoren in Blankenburg am Harz und Wolfenbüttel, weiter an die Oberlandjägermeister in Queblitz, Ilfeld, Goslar, Harzburg, Ballenstedt, Nordhausen und Klausthal-Zellerfeld, an die Polizeiverwaltungen in Ilfeld, Goslar, Harzburg, Blankenburg am Harz, Queblitz, Halle-Ort, Wernigerode, Klausthal-Zellerfeld, Herzberg am Harz, Osterode am Harz und die Landespolizeipräsidenten Magdeburg, Hannover, Erfurt sowie das Polizeipräsidium in Braunschweig. Je nachdem, ob die Tat im Landesstriminalpolizeibereich Magdeburg, Hannover, Erfurt oder Braunschweig begangen ist, schließlich alle interessierten Personen, Landjäger, Forstbeamte einzeln gelegene Hotels usw. des ganzen Harzes. Die Polizei- und Kriminalbeamten sind verpflichtet, unverzüglich nach Kenntnisnahme in Tätigkeit zu treten und zur Klärung des Verfalls beizutragen.

* Normungstagung in Magdeburg. Für die Hebung der Wirtschaftlichkeit ist die Normung eine grundlegende Maßnahme. Auf diese Aufgabe ständlich hinzuwirken, ist die Aufgabe des beim Deutschen Normenausschuß bestehenden Arbeitsausschusses. Einführung der Normen in die Praxis, der alljährlich in verschiedenen Städten Deutschlands gemeinsam mit der britischen Körperpflege Tagungen abhält. Die erste diesjährige Tagung findet in Magdeburg vom 27. bis 29. 4. statt und umfaßt am 27. Besichtigungen der Krupp-Oberwerke und der Fa. Schaeffer u. Budenberg, am 28. eine Arbeits- tagung des Ausschusses und eine große Veranstaltung am 29. in der Stadthalle, bei der Dr. Ing. Griesmann, Direktor der Krupp-Gruson-Werke über "Verfertigung und Normung" sprechen wird. Vom Magdeburger Bezirksverein deutscher Ingenieure, z. B. Dr. Ritten, Magdeburg, Am Klosterkamp, GutsMuthsches Kitten, Magdeburg, Am Klosterkamp, GutsMuthsches Kitten.

* Beschleunigte Vernehmung der öffentlichen Wohnungsbau- mittel. Im letzter Zeit ist wiederholt darüber Bezug geführt worden, daß die Auszahlung der Hausinspektionshypotheken von den hierfür in Betracht kommenden Dienststellen hier und da immer noch über Gebühr verzögert werde. Die der Amtliche Preußische Pressebericht mittel, bringt der Minister für Volkswohlfahrt daher einen älteren Kundendienst in Erinnerung, wonach von den Gemein- den nach wie vor gefordert werden muß, daß sie den Bewerbern bei Durchführung ihrer Bauvorhaben weitestgehend entgegenkom- men zeigen und in besonderen die für den Wohnungsbau bestimm- ten Hausinspektionsmittel noch Eingang legte zur Auszahlung von Hausinspektionshypotheken oder von Fortschritten darauf ver- wenden. Im Hinblick auf die vorgebrachten Klagen bezeugt es der Minister als notwendig, daß die Gemeinden und Gemeinde- verbände erneut und nachdrücklich mit einprägendem Hinweis versehen werden.

Bruno Jürgens Liebe

Roman von Johannes Läger.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

39. Fortsetzung.

Neudruck verboten.

Bruno erwiderte erst nichts, stumm hielt er noch den Wein des Altweines. Nach einigen Minuten des Leberlegens sprach er: „Mein, Peter, ich lasse dich nicht“, und sprach: „Halt du denn von Arbeit in der Stadt?“

„Nein, aber ich finde nichts.“

Bruno sprach ihm nur bereit und beifolgend zu. Er hatte an sein schweißes Leben in der Großstadt gedacht, und geglaubt, alles aufleben zu müssen, um den alten, treuen Stuhl vor einem geliebten, nein, vor einem so schweren Schicksal, wie er es ertragen, zu beschreiben. Und er nahm sich bei ihm nicht vor, einziger im Dorke zu mögen, von ihm in letzter Zeit so mancher Jung Mensch, der in der großen Welt sein Glück zu finden träumt, hoffend hinauszugehen und vielleicht innerlich elend zerbrach.

Peter hatte seinen Worten seitens seines Hauptes geknickt. Er mußte Bruno hatte recht. Was der gesagt, wie oft hatte er es selber gedacht und schon im voraus unter dem qualvollen Seinsweh geübt. Aber lieber, so hatte er sich dann stets vorgenommen, davon zugrundegehen, als ewig mit der Schande und dem Bewußtsein, einmal des Dientes verwiesen gewesen zu sein, noch auf dem Hofe zu bleiben. Jetzt geht dieser Vorfall ins Wanken, als er eintrat, daß der alte Jürgens damals in begrifflicher Erregung gesprochen, als der junge Herr ihm von neuem seine Freundschaft anbot, endlich, wie er merkte.

„Peter, müßt du wirklich nicht bleiben?“

Eine Hand des Jürgens, in der er die letzte Scham und das letzte Gefühl vermeintlicher Kränkung niederwarf, dann sagte er:

„Ich bleibe, Herr. Ich verlaße Sie nie!“

„Ich danke, Peter. Auf daß wir immer zusammenhalten.“

Hier, — er hielt ihm die Hand hin — „Schlag“ ein.“

Und Peter schlug ein. Trost ging Bruno ins Haus; froh, einem Menschen die Heimat erhalten zu haben.

Als der alte Jürgens zum ersten Male wieder im trau- schen Wohnzimmer im gemütlichen Beisitz ruhte und mit Bruno über die diesjährige Sommerreise und den Anbau der einzelnen Felder sprach, fragte er plötzlich:

„Sag mir, warum kommt denn Hanna nicht einmal? Ich möchte mich gern bei ihr für die treue, aufopferungsvolle Pflege bedanken, von der mir Kathrine noch erzählt hat.“

„O, Vater, das weiß ich auch nicht. Vielleicht hat sie viel durch ihre Abwesenheit verpasst nachgeholt, und deshalb keine Zeit.“

„Vielleicht? Weißt du das nicht bestimmt? Besuchst du sie denn des Abends nicht?“

„Nein, denn auch ich habe viel nachgeholt.“

„Auge, da war ich als Bräutigam anders. Ich hätte trotz der drängendsten Arbeiten aber eine Stunde jeden Abend wenigstens für meine Frau übrig. Ich verheiräte dich nicht.“

Bruno schweigend und ging hinaus. Für meine Braut hätte ich auch Zeit, aber ich, er hätte Hanna so gern wieder seine Braut gemacht, wie früher, hätte so gern um sie geworben, und manch- mal, wenn er all dessen sich entsann, was sie für das Haus Jürgens getan, für ihn und für den Vater, dann glaubte er wohl, sie werde ihn nicht abwenden.

Dann aber wurde er auch wieder schwankend in seinem Glauben, zweifelte, ob sie ihm, der sie einer anderen wegen verliebt, noch einmal vertrauen würde und könnte, ob sie ihn überhaupt anhänte.

So lebte Bruno die Tage in Sehnsucht und Entlagen, in Hoff- nung und Zweifel dahin, unglücklich, und ohne Freude.

Auch Hanna war unglücklich. Zwar hatte sie sich am Kranken- bett des alten Jürgens noch gefast: „Bruno liebt mich nicht.“ Dennoch fragte sie sich oft: „Warum hat er mich nicht geliebt: „Laß uns den Wunsch des Vaters erfüllen.“ Vielleicht wollte er es nicht im Krankenzimmer? Aber er konnte doch jetzt kommen. Er weiß doch, daß ich ihn nicht mehr äure. Auf seinen bittenden Blick hin habe ich es doch geliebt.“

„Ach, wenn sie an den Blick dachte, mit dem Bruno sie angesehen, damals, als der aus den Fibern Altkleidungs fragte: „Weißt du denn Bruno nicht mehr?“ dann durchsaherte sie wohl ein langweilichstes lässes Glück, dann auch glaubte sie bestimmt: er kommt, er muß kommen. Sein Blick verrät es doch, daß er mich liebt.“

Aber Bruno kam nicht, jeden Tag hatte sie seiner vergebens,

und sie schalt sich töricht, verböhte sich, weil sie eines einzigen Blickes wegen sich Hoffnung machte, und nahm sich vor, zu ver- gessen — vergessen; konnte sie es denn?

An einem goldenen Frühlingmorgen fand Hanna in der Haus- fülle und schaute träumend über die Dorfstraße, auf der ein paar Kinder spielten, ein Hahn mit seinen Hühnern spazieren ging und weiter hinten ein vollender Wagen fuhr, hinter zum Strohenschein, davon lieh der besonnenen Siebel sich konnte.

Auf einmal erblickte sie Minna, die hurtig und mit den Fuß- pantoffeln humpelte, die Straße heraufkam. Jetzt bog sie gar auf den Hofhof zu.

Was sie nur will? Warum sie nur so eilt? Ob der alte Jür- gens einen Rückfall erlitten? Da schaute Hanna sich, weil sie den Kranten noch nicht besucht hatte. Schon hielt Minna vor ihr.

„Fräulein Lejen, der alte Herr ist und ich sollte schon um Ihren Besuch bitten.“

„Soll ich gleich kommen?“

„Ne, gleich.“

Hanna gab der Mutter, die am Fenster strickte, Bescheid und schritt der schon wieder entsetzten Frau nach. Als sie den Hofhof überquerte, sah sie Bruno oben an einer Luke des Kornspeichers. Er grüßte sie und sie hinauf; dann trat sie ins Haus und sofort in das Wohnzimmer, wo sie richtig den alten Herrn ermunerte.

„Guten Tag, Vater Jürgens.“ Sie beugte sich über den Sessel, in dem der Gesehene einnehmend leicht schlummerte, und sagte, als der freudig überfaßt die Augen öffnete: „Minna rief mich, ich sollte gleich kommen.“

„Gleich — hat sie gesagt? Nun, so dränge es nicht. Aber ich ließ dich herkommen, weil du vermutlich aus eigenem Antrieb nicht den Weg zu mir gefunden hättest. Sieh, ich muß dir doch danken für deine treue Pflege. Ich lasse es hiermit von ganzem Herzen.“

Er ergriß ihre Hände und drückte sie immer und immer wie- der.

„Du hast mir, wie der Arzt behauptet, das Leben gerettet. Ich möchte es dir zu gern vergelten. Bruno hätte es wohl am besten gemacht, meine ich. Glaube auch, er hätte es getan. Aber ich muß mich, als ich auch noch ein weinendes Kind war, nicht getrennt haben, und mein Leben an ihm umlauf. Schade — schade.“

Seine Stimme bebte in verhaltenem Schmerz, Hanna lächelte es und bat:

„Nicht doch, Vater Jürgens, du darfst dich nicht untergeben, falls doch schnell geliebt werden. Das kannst du nicht, wenn du die we-



Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. 2. 1927.

Dieses Gesetz lenkt die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in neue Bahnen. Es erleichtert sehr angedrückt, auf die wichtigsten Bestimmungen näher einzugehen und das Gesetz verständlich zu machen.

Grundgedanke und Ziel des Gesetzes ist: möglichst alle Geschlechtskrankten gründlich zu heilen. Damit ist es erste Aufgabe des Gesetzes, auf alle Weisen dahin einzurichten, daß sie sich bei dem Vorliegen einer Geschlechtskrankheit behandeln lassen und in zweiter Linie, daß sie sich gründlich und nachdrücklich behandeln lassen. Dritte Aufgabe des Gesetzes ist es, Zwangsbestimmungen für die zu treffen, die bei gültigen Bestimmungen zur Heilung nicht ausreichen. Daneben sind durch einzelne Bestimmungen die Prostitution und das Bordellwesen neu geregelt.

Als Geschlechtskrankheiten im Sinne des Gesetzes gelten nach § 1 des Gesetzes Syphilis, Tripper und Scharlach ohne Rückfall darauf, an welchen Rückfällen die Krankheitserscheinungen auftreten.

Am § 2 wird dann bestimmt, daß jeder, der an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet und sich nicht behandeln lassen will, nach § 7 des Gesetzes zur Heilung gezwungen werden kann. Nach § 3 des Gesetzes ist jeder Arzt, der eine mit einer ansteckenden Geschlechtskrankheit befallene Person behandelt, verpflichtet, der Gesundheitsbehörde Anzeige zu erstatten, wenn sich der Kranke der ärztlichen Behandlung oder Beobachtung entzieht oder wenn er infolge seines Berufes oder seiner persönlichen Verhältnisse andere besonders gefährdet.

Die Durchführung des Gesetzes ist den „Gesundheitsbehörden“ übertragen, die in den meisten Kreisen den Städtischen oder Kreisgesundheitsämtern angegliedert sind.

Die Gesundheitsbehörde hat nun weitgehende Befugnisse. 1. Sie kann Personen, die bringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein und die Geschlechtskrankheit weiter zu verbreiten anhalten, ein ärztliches Zeugnis, in begründeten Ausnahmefällen ein von einem durch sie benannten Arzte ausgefertigtes Zeugnis, über ihren Gesundheitszustand vorzulegen oder sich der Untersuchung durch einen solchen Arzt zu unterziehen. Auf Antrag des unterleitenden Arztes können solche Personen angehalten werden, wiederholt derartige Gesundheitszeugnisse beizubringen.

2. Sie kann Personen, die geschlechtskrank und verdächtig sind, die Geschlechtskrankheit weiter zu verbreiten, einen Polizeiarrest unterwerfen, auch in ein Sanatoriums unterbringen, wenn dies zur Beseitigung der Ausbreitung der Krankheit erforderlich erscheint. Soweit andere Mittel zur Durchführung der von der Gesundheitsbehörde vorgeordneten Maßnahmen nicht ausreichen, ist die Anwendung unmittelbaren Zwanges zulässig.

Die Gesundheitsbehörde ist also in der Lage und berechtigt, die Heilung eines jeden Geschlechtskranken nötigenfalls zwangsweise durchzuführen. Die Kosten der Heilung trägt, wie die Heilung jeder anderen Krankheit, entweder der Kranke selbst, oder die zuständige Krankenkasse. Bei Bedürftigen werden die Kosten auf Wohlhabendste übernommen, so daß die Heilung in jedem Falle sichergestellt ist.

Schon im eigenen Interesse können nur daher jeden Geschlechtskranken nur den besten Rat, sich in ärztliche Behandlung zu begeben und den ärztlichen Anordnungen gewissenhaft nachzukommen, Kranke, die unentgeltlich und in ihrer Krankenkasse nicht wegen sich vertrauensvoll an die zuständige Gesundheitsbehörde (Wohlhabendste) wenden, die sie eingehend beraten wird.

Die Gesundheitsbehörden sind durch das Gesetz besonders zur Amtserforschung verpflichtet, so daß jeder Verdacht, die Verhältnisse eines Kranken könnten irgendeine Offenbarung werden, völlig ausgeschlossen ist.

Die Gesundheitsbehörden müssen bedenken, daß sie nicht nur sich und ihren Familien unheilvoll schaden können, sondern daß sie sich auch unter Umständen ihrer Strafe aussetzen, wenn sie sich nicht behandeln lassen. Denn nach dem Gesetz wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft, der den Befehl aussetzt, obwohl er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet, und der trotzdem eine Ehe eingeht, ohne dem anderen Teile vor Eingehung der Ehe über die seiner Krankheit Mitteilung gemacht zu haben.

Da demnach die Gewand der ärztlichen Wissenschaft die Geschlechtskrankheiten bei adäquatem ärztlicher Behandlung durchweg heilbar sind, so ist zu erhoffen, daß bei gewissenhafter Durchführung des Gesetzes die Geschlechtskrankheiten als Volksleide verschwinden werden.

* Rundfunk-Probe-Schreiben. Auf Veranlassung des Deutschen Genogrammbundes veranstaltet am Dienstag, den 24. April, 19.45 Uhr bis 20 Uhr die „Deutsche Welle“ ein Probe-Schreiben für Kurzschiff, das von den Sendern übernommen worden ist. Dürft mir in der gleichbleibenden Schmaligkeit von 1500 Seiten 10 Minuten lang. Aber sich daran beteiligt und eine Befragung darüber ermöglicht, erklärt die nächsten Bedingungen durch den Verein für Genogrammschreiber, Haberstraße, Bismarckstraße 47 I.

Defensitive Wählerversammlungen.

Dienstag, den 24. April, abends 20 Uhr in Dardesheim im Radesteller. Referent Genosse Bape-Wladenburg. Mittwoch, den 25. April, abends 20 Uhr in Dersenburg im Bürgergarten. Referent Gen. Bape-Wladenburg. Donnerstag, den 26. April, abends 20 Uhr in Gagenstein bei Bornama. Referent Gen. Bape-Wladenburg. Unsere Mitglieder in den genannten Orten werden gebeten, für guten Besuch der Versammlungen zu sorgen.

Der Unterbezirksvorstand, H. A. G. Schütte.

Aus Osterwieck.

— (Die Aufnahme der Schulneulinge) erfolgte am 19. April in der Sommerferien. Jedes Kind erhielt, wie auch schon in den Vorjahren, ein Spartenheftchen von der städtischen Sparte für über 2 Mrk. Es wurden 186 Knaben und Mädchen in die enge, Volksschule aufgenommen. Die Mittelschule konnte 16 neue Schüler und Schülerinnen aufnehmen.

— (An der Mittelschule) sind allgemeine Berufsschulungen. Die erste Schule nahm 16 junge Leute auf, 7 Schüler hatten das Reifezeugnis der Mittelschule und wurden aus diesem Grunde gleich der Mittelschule überwiesen. — In der Berufsschule kamen 36 Schüler zur Aufnahme. Einige zu diesem Unterrichts verpflichtete Schüler waren nicht erschienen, und sei darauf hingewiesen, daß sich diese strafbar machen.

— (Als Stadtkämmerer) ist starb im Alter von fast 95 Jahren die Witwe A. Brück, geb. Kommerell, Karstraße 6. Die Greifin wurde am 21. September 1833 in Besle (Regenkreis) geboren.

Aus Quedlinburg.

Die Rechte verabschiedet den Etat.

Die Sozialdemokratie und der Oberbürgermeister verlassen den Sitzungssaal.

(Schluß der Stadtoratorienführung.)

Nach dem Bericht des Oberbürgermeisters geht man zur Einsetzung über. Die Rechte erfüllt durch Stadtr. Krause, daß die den Etat nur unter Streichungen annehmen könnte. Gen. Behrens erwidert, daß die Einteilung der Einnahmen erhalten werde, wenn man den Etat ablehne. Bei der Beratung über das Haushaltsamt kommt es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Behrens und Kieseberg. Die Einteilung verläßt dann den Sitzungssaal. Stadtr. Schöber beantragt Verlegung. Dies wurde abgelehnt. Kieseberg spricht darauf über Wohlstand und legt sich mit Kröning auseinander. Als dann wurde der Haushaltsplan der Neubau von Wohngebäuden und der Bau von Sanierungsarbeiten angenommen. Zum Etat des Tiefbauamtes beantragt die Rechte unter Stellung Kröning, Streichung der vorgeschlagenen Umplanungs- und Wasserleitungsarbeiten. Der Oberbürgermeister sprach dagegen und betonte, daß wenn diese Streichungen angenommen würden, wie sie die Industrie- und Handelsammer beantragt hat, er nicht mehr an der Sitzung teilnehmen werde. Die Streichungen wurden aber gegen die Stimme des Stadtr. Schöber angenommen. Darauf verläßt der

An die Ortsvereinsvorstände und Funktionäre!

Am Sonntag, den 20. April, soll in allen Orten des Bezirksverbandes Magdeburger-Anhalt das erste allgemeine Flugblatt verteilt werden. Die Flugblätter gehen den Ortsvereinen rechtzeitig zu. Es ist Aufgabe der Ortsvereinsvorstände eine reifliche Verbreitung zu sorgen. Keine Wohnung, in der für uns in Betracht kommende Wähler vermisst werden, darf ohne Flugblatt bleiben.

Flugblattverteilung soll sorgfältige Arbeit sein.

Es genügt nicht, wenn die Flugblätter einfach durch die Türpalste geliefert, oder sogar vor der Tür hingehängt werden. Sie sind an den Wähler heranzubringen und persönlich abzugeben. Wir bitten deshalb die Ortsvereinsvorstände dringend, die Funktionäre auf diese Angelegenheit aufmerksam zu machen.

Der Wahlplan ist jetzt im Ged. Diesmal mehr als jemals zuvor. Wir erwarten deshalb von den Ortsvereinsvorständen, daß sie für

stetige Sammelarbeit sorgen. Sobald Sammelstellen voll sind, wolle man uns diese Listen zuschicken und auch den gesammelten Betrag an die Bezirksstelle abliefern.

Wahr die allgemeinen Richtlinien der Wahlaktion sind die Ortsvereine insofern durch die Parteifunktionäre unterstützt worden. Wir bitten um möglichst fröhliche Beachtung dieser Richtlinien. Es kommt in diesem Wahlplan darauf an, daß die sozialdemokratische Partei geschloffen und in einseitiger Linie kämpft. Alle der Partei zur Verfügung stehenden Kräfte müssen für die Aktion verwendet werden. Es darf diesmal keine Parteifunktionäre, ja kein Parteimitglied, ohne Funktion sein. Alle müssen mitarbeiten, alle müssen eingehen, niemand darf absteig stehen! Die wichtigste Arbeit des einzelnen Angehörigen der Partei ist die persönliche Agitation.

Unsere Agitation sollte planmäßig von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung erfolgen. Wir vermeiden nochmals auf unsere Richtlinien und auf das Antragsbuch an die Mitglieder, das allen Ortsvereinen bereits zugegangen ist. Dieses Antragsbuch ist den Parteimitgliedern sofort zuzuleiten; denn sonst verliert es seinen Wert.

Genossinnen, Genossen! Von der Entscheidung am 20. März hängt nicht nur die Entwicklung in Deutschland ab, sondern das Ergebnis des 20. März wird auch in Europa seine Auswirkung haben. Ergo heißt, daß diese Auswirkung in An- und Vanslande in einem, der Sozialdemokratie günstigen Sinne erfolgen.

Auf die Schanzen! An die Arbeit, vorwärts zum sozialdemokratischen Sieg! Der Bezirksvorstand.

Überbürgermeister die Sitzung.

Die demokratischen Stadt. Wäh- und Haas hatten bereits den Sitzungssaal verlassen. Dieser Vorgang zeigt sehr deutlich, wie die Rechte burgund nicht die Interessen des Handwerkes vertritt. Mit marantenen Worten kritisiert Stadtr. Schöber (D.) diese unanerkennliche Handlungsweise der Rechten. Einzelne vermehrt die die Schulden der Arbeiterkassen und Wirtschaft und andererseits verläßt sie sich von der Gewerbesteuer auf jede Weise zu brüden. Eher der bürgerlichen Stadtvorständen habe ihm selbst erklärt, daß die bürgerlichen Stadtvorständen im Vorjahre mit dem Etat Wirtschaftlich getrieben haben und besäße sie in diesem Jahre der Fall. Der Etat des Tiefbauamtes wird darauf mit den Streichungen angenommen. Ohne Streichungen wurden dann die Haushaltspläne des Jugendamtes, des städt. Kindergartens und Kindergartenvereins, der Mittelschule und der Volksschule angenommen. Eine längere Aussprache entspannt sich bei der Einstellung zweier nicht etatsmäßiger Stellen. Diese werden schließlich angenommen. Ferner wurde ohne Streichung angenommen die Haushaltspläne für den Hauswirtschaftsunterricht für öffentliche Mädchen, der gewerblichen Berufsschule, der Jugendpflege, des Wohlfahrts- und Jugendamtes, des Glanz- und Kreisverkehrsamtes, der Stadtbürger Schwereindustrie am Rünen Kreuz, der Schlichter-Verwaltung nach Langhagen betr. des Laboratoriums. Beim Etat der Badeanstalt sollten 7000 Mrk. getrieben werden. Dieser Etat wird an den Magistrat zurückverwiesen. Die Haushaltspläne der Feldbaukasse und der Stütten, Spantungen und Barmachtigkeiten werden angenommen. Die Festhaltung des Kammerebauausbauplanes kann nicht erfolgen, da der Etat des hochbauamtes abgelehnt ist. Desgleichen kann die Festhaltung der zu erhebenden Zuschüsse zur Grundbesitzsteuer und zur Gewerbesteuer einseitig. Finanzneuerungsschlag nicht erfolgen. Von der außerordentlichen Prüfung der städtischen Kassen, sowie von dem Magistratsbeschlusse wegen der Kassen für die Einzahlung städtischer Steuern, wie Kenntnis genommen. Durch unvorhergesehenen Schicksal ereignete ist beim Neubau des Marienarmiums eine Mehrsumme von 24 000 Mrk. entstanden. Dieser Betrag wird nachschlüssig mit der Wofafas, bei den in Betracht kommenden Feuerbestattungsergebnen an Darlehen in dieser Höhe aufzunehmen. Zur Ausbesserung der Badeanstalt an der Wipert-

Haufe werden die erforderlichen Mittelbewilligt. Dem Badeanstalt besserer Platz wird zur Reinigung seiner Badeanstalt ein Zuschuß von 500 Mark gewährt.

Ein Schreiben der Schwimmklub an die Stadtvorordnetenverammlung betr. Unterhaltung ihres Bades (Errichtung einer eigenen Badeanstalt) wird dem Magistrat zur Ermägung überwiesen. Ueber die Übernahme des Schwimmbades wird demnach den Stadtvorordneten ein Übernahmevertrag überreicht werden. Auf Wunsch der Rechten wird über die zweite Fluglinie (Ragdeburg-Quedlinburg-Erfurt) beraten und nach längerer Verhandlung beschlossen, die beantragte Subvention abzulehnen. Die Rechte will auch hier wieder Quedlinburg zum Beretz abschließen, wie es ihr im vorigen Jahr durch mit der Eisenbahn gelungen ist. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betr. Erhöhung der Bürgeroberbürger in der geborenen und allgemeinen Bürgerliste kann in Abwesenheit der Antragsteller nicht beraten werden, und wird vertagt. Die Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen Schulen wird nach kurzer Diskussion beschlossen. Auch die Magistratsvorlage über Änderung der Zusammenfassung des Bodenbesitzausbauplanes wird angenommen. Die Straßen-Bodenbesitzausbauplanes, Schmittsches Zeitweg und der Hauptverkehrs werden einteilweise fünfzig Ringstraße sein. Der Grundstückplan von 1914 führt für diese Straßen eine Breite von 16 Meter vor, diese wird voranschüssig nicht ausreichen. Es werden daher höhere Frontlinien genehmigt, die eine Straßenbreite von 21 Meter vorsehen. Desgleichen wird ein grundrissliches Einverständnis mit dem Entwurf eines Grundstückplanes für die genannte Gegend herbeigeführt. Gleisflächen wird die Aufhebung eines Teiles der Frontlinie für die Weidestraße beschlossen. Ein neuer Grundstückplan und ein Höhenplan für die Rechten wird über die Magdeburgerstraße bis zum Hauptbahnhof festgelegt, wird ebenfalls genehmigt. Eine neue Hauptstraße, die einen niedrigeren Steuerfuß als im Vorjahre vorstelt, wird beschlossen. Die Gemeinnützige Bau- und Siedlungs-Gesellschaft m. b. H. hat die Abfahrt, zwei Baustellen an der Ecke Feinrichtstraße-Roosstraße zu erwerben. Da die Gesellschaft beschloffen ist, dem neuen Gebäude einen Boden eingurichten und die Konsumgenossenschaft auf diesen realisiert, stellen die Stadt. Spindler (M. S.) und Kieseberg den Antrag, den Kaufvertrag nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß nur Wohnungen eingerichtet werden. Nach dem Schlußbericht Sommer erklärt hatte, daß die Bau- und Siedlungs-Gesellschaft den Kaufvertrag unter diesen Bedingungen nicht annimmt, und der Bürgermeister mitgeteilt hatte, daß sich bisher kein Käufer für diesen ungenutzten und schiefen Bauplatz gefunden hätte, wird der Kaufvertrag ohne Bedingungen gegen die Stimme Kiesebergs angenommen. Nachträglich wird die Genehmigung von Erweiterungsarbeiten im städtischen Schachthof und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist, erteilt. Ein dritter Antrag zur Schließung der für die Benutzung des Schachthofes und gleichfalls angenommen. Ein Magistratsvorlage zur Berechtigung von Gebäu- zur Erhöhung einer Wohnung von 70 Wohnungen wird genehmigt. Stadtr. Krause, Stadtr. Schöber und der hierfür aufgewandten Kosten in Höhe von 20 000 Mark aus einer Zuzahlung, die von der Schachthofverwaltung zu verzinsen und in längstens 20 Jahren zu tilgen ist,

Aus Thale.

— (Ein schwerer Einbruchsdiebstahl zum Nachteil eines Zimmermädchens und gefahren im Hotel Thale, Of. hier, statt. Gelegenheit einer großen Verleumdung von Wirtschaftsführern, die dort wegen Aufhabe des Betrags festgehalten, hatten sich viele Menschen dort angelammelt. Das machte sich der frühere Hausbesitzer Robert K. von hier zunutze. Er brach in das Zimmer des Zimmermädchens ein und eignete sich dort allerlei Wäscheartikel an, die er, unter seiner Kleidung verborgen, aus dem Hotel brachte und im Eisenbahnpark verpackte. Den Stoff des Mädchens, der mit Kleidungsstücken gepackt war, hatte der Dieb beim ersten Gang mit aus dem Zimmer entfernt und auf dem Korridor versteckt. Nachdem er die erste Partie in Sicherheit gebracht hatte, holte er auch den Rest. Hierbei wurde er von dem Mädchen ertappt. Auf sein Geschrei ließ K. den Stoff fallen und verschwand. Bald darauf wurde er festgenommen. Zuerst leugnete er. Als sich jedoch Zeugen fanden, die ihn mit ausgepackter Kleidung aus dem Hotel hatten verschwinden sehen, gab er das Leugnen auf und zeigte auch das Versteck im Park. Die Sachen, im Werte von 200 Mark, konnten der Geschädigten wieder zurückgegeben werden.

Vermischtes.

Rechtzeitig Zurecht für Lungenkranke.

Die Durchführung zweifacher Heilbehandlung für Lungenkranke liegt in der Hauptsache in den Händen der Landesversicherungsanstalten. Haben sie doch auch die weitest größte Zahl der Lungenheilstätten errichtet. Auch die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt besitzt solche Anstalten, wendet für die Zwecke jährlich rund 2 1/2 Millionen Mark auf.

Nest hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt Kundschreiben an sämtliche Bezirksstellen für Lungenkranke ihres Bezirkes gerichtet, in dem um gewinnbringendere Feststellungen des Stadiums der Krankheit bei Kranken auf Lebensdauer eines Halbjahres gebeten wird. Am letzten Tage befanden sich unter den in der Lungenheilstätte Schloß, nur für männliche Kranke) behandelten und zur Entlassung gekommenen 822 lungenkranken Männern 462 im zweiten und 200 im dritten Stadium der Lungentuberkulose. Bei 20 Kranken konnte eine Lungentuberkulose überhaupt nicht festgestellt werden, 37 Kranken mußten diphterisch vor Ablauf der Behandlung entlassen werden. Im Vergleich zu der nach Wegung der legerwärtigen 67 verbleibenden Zahl der Lungenkranken (765) ist die Anzahl der im zweiten und dritten Stadium befindlichen Kranken sehr groß. Das ist, so sagt die Landesversicherungsanstalt, ein Beweis dafür, daß die Erkrankung der in die Heilbehandlung Aufgenommenen nicht rechtzeitig erkannt wurde und die Kranken erst zur Heilbehandlung vorgeschlagen wurden, als die Krankheit weiter fortgeschritten war. Eine einmündigen sicherer Erfolg kann durch die Heilbehandlung aber nur erreicht werden, wenn sich die Lungenentzündung im Anfangsstadium befindet. Bei 129 Kranken konnte trotz mehrmonatiger Behandlung ein Erfolg nicht mehr erzielt werden. Sie mußten als weiterer erwerbsunfähig entlassen werden.

Die Landesversicherungsanstalt billigt, die Krankenanstalten, die Kette also, in entsprechender Weise aufzuführen und sie darauf hinzuwirken, ihnen zur Kenntnis kommende Fälle von Lungenentzündungen alsbald der Heilbehandlung zu melden, damit eine rechtzeitige der Landesversicherungsanstalt über diese Fälle zur Durchführung eines Heilverfahrens vorgezogen und zwar nicht erst, wenn die Krankheit bereits soweit fortgeschritten ist, daß ein Erfolg unwahrscheinlich ist. Eine rechtzeitige Unterbringung der Kranken in einer Heilstätte dürfte wegen Aufzuchtungsgefahr und Weiterverbreitung der Krankheit auch von großem Vorteil für die Angehörigen des Kranken und seine sonstige Umgebung sein.

Es ließe sich ohnehin nicht vermeiden, daß immer einige Zeit vergeht, bis über einen Heilversuchsergebnis entschieden werden kann.

Die Feststellung der Diagnose muß, so liegen wir hinzu, ohnehin deshalb immer gewissenhafter geübt werden, weil infolge der noch vorhandenen Unzulänglichkeit der Hilfsmittel, Fehler bei noch häufig vorkommen. So ist es schon vorgekommen, daß Kranke von dem einen Arzt als unheilbar lungenkrank, von dem anderen aber als überarbeitete nicht lungenkrank bezeichnet wurden. Diese Schwierigkeiten dürften auch der Grund sein, daß zu wenig der aufgenommenen Kranken sich erst nach im ersten Stadium der Krankheit befinden. Aber das muß eben zu noch peinlicherer Gewissenhaftigkeit führen.

Förstermed in Fichtelgebirge. Ein vor acht Jahren verlebter Nord hat erst jetzt seine Söhne gefunden. Am 8. Dezember 1920 hatte sich der Förster Popp von Unterfarnach auf seinen Dienstort zur Staatsverwaltung auf die Königshöhe begeben, von dem er nicht mehr zurückkehrte. Am 16. Juli 1921 fanden dann streurende Bauern die mit Stroh zugedeckten Leiche des Vermissten. Eine Gerichtskommission stellte Tod durch Erstgehung fest. Erst im vorigen Jahre führte ein Zufall zur Entdeckung des Täters, des Landwirts Friedrichmann von Sophienhof, der auch gefänglich ist. Er sei vom Förster beim Wäldern betroffen worden. Auf dem Transport habe er mit einer vom Förster übergebenen Pistole diesen, als er einen Augenblick von ihm ging, in den Rücken geschossen. Dann sei es zu einem Ringkampf auf Tod und Leben gekommen, bei dem schließlich der Förster unterlag. Zum Schluß habe er auf diesen noch einen tödlichen Brustschuß abgegeben. Das Urteil des Schwurgerichts lautete wegen Totschlags im Zusammenhang mit anderen Totschlag auf 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Der Welt in einem Sitzungsbericht der Geologischen Bundesanstalt wird der Erdbebenrat der Welt auf 38-40 Tönnen angegeben, wovon schon 30 Tönnen gleich 75 Proz. gefördert sind. Zwei Drittel dieser 30 Tönnen befinden sich zur Zeit in Mexiko, eine Folge des Weltkrieges und der europäischen Antikontinente. Trotz des ungünstigen Wertes — in einem guten Jahr werden jenen fünf Millionen Dollar gleich 1000 Kilogramm gefördert, von denen allerdings nur ein kleiner Teil als Schmelzware zu Schmiedestücken verarbeitet wird — stellt die Erdbebenförderung nur 1 Prozent der Weltmetallproduktion. In der Produktion hat England infolge seines arbeitslosen Bestandes mit 92 Prozent des Weltmetallproduktion (davon 12,5 Prozent im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika). Deutschland förderte im Bericht 0,75 Prozent der Weltproduktion, dieser steht in der mehrschichtigen Abgangordnung zwischen den kolonialen Erzeugnissen mit den preislichen Zielwerten.

Kurzweiligkeit in Ditteln der norwegischen Eisenbahn. Wegen der — besonders im Winter sehr häufigen — Unterbrechungen der langen Telegraphenleitung Bergen-Oslo, die über hohe Berge führt, hat die norwegische Telegraphenverwaltung auf den verschiedenen Bahnhöfen kleine Kurzwortendrucke errichtet, die die telegraphische Verbindung sicherstellen sollen. Die bisher damit unternommenen Versuche haben befriedigende Resultate erzielt.

Eine Kirche im Wohnhausneubau.



Die neue russische Kirche in Berlin-Wilmersdorf wurde in einem Wohnhausneubau hineingebaut. Die Einweihung der mit zahlreichen Kuppeln geschmückten Kirche wird in den nächsten Wochen erfolgen.

Ein Knüttel als Mörder. In dem Dorf Breiten bei Kirchhain erkundete nach vorangegangenen Streit der 45 Jahre alte Bergmann Schutz sein Weib, die 65jährige Frau Seifert, mit seinen Kräften. Dann ging der Mörder in die Scheune des Landwirts Kämpfe, um sich zu verstecken, bis die Kette durch die Hämmer wurden so richtig bemerkt, daß die Tat begann, weil seine Weib ihm Geld für Schnaps verweigert hatte. Schulze, der aus Leipzig stammte, hatte bei einem Unglücksfall in einem Bergwerk Wunden erlitten, so daß er sich nur auf Krücken fortbewegen konnte.

Der alte Puffsteineimer. So etwas lief man: Wer teilt vorkühnen Schullehrer (altem Kriegs- und Puffsteineimer) einige 100 Mark?

Dem ehrenwerten Erzieher kann geholfen werden: wir beantragen beim Reichsgericht die Verurteilung seiner republikanischen Pension, unter Berufung auf seine alte Puffsteineimerhaftigkeit!

Bücher und Schriften.

Oberregierungsrat Dr. Erich Behrend, Verlegungs- und Färbereibuch, Berlin, 5. Meyers Buchdruckerei in Halberstadt (Band 5 von Meyers Wörterbüchern), Preis 4,20 M. Was eine Stadt durch Arbeit und Eingehung ihrer gewerblichen Betriebe verliert, das müssen die verbleibenden Betriebe durch Richtigkeit und Tatkraft zu ersetzen versuchen. In diesem Sinne ist die Firma H. Meyers Buchdruckerei in Halberstadt tätig. Sie hat ihrer Buchdruckerei einen Verlag angegliedert. Mit zitiertem Titel ist es bekannt, wo das Wörterbuch und Stabescheitler der Gegenwart noch unbedruckte Anträge an das Schrifttum stellt. Eine Bücherreihe behandelt die sozialen Organismen der Gegenwart, eine andere Bücherreihe hebt aus diesen Fragen die Grenzfragen heraus, eine dritte befaßt sich mit den Problemen der großen Politik, eine vierte Reihe ist die Mittelständlichen Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftskunde gewidmet. Am nächsten Tage die größte Verbreitung werden jedoch „Meyers Wörterbücher“ finden, die als seine letzte Aufgabe von Recht und Wirtschaft behandelt sollen. Es liegen bereits vor Bände von Professor Dr. Heller über National-Ökonomie, Professor Dr. Sier-Somlo über Sozial-Verfassung, Reichstagsabgeordneter Dr. Heuß über Politik. Professor Dr. Brochhausen und Marie Klausberger über Deutsch-Österreich, Dummehart über den Bericht an Bänden über Verlegungs- und Färbereibuch folgen. Die Anordnung ist die gleiche wie früher: einem systematischen Stichwortverzeichnis folgt die alphabetische Sammlung. Ein Register der Befehlsgebung, Rechtsprechung und Politik auf dem gesamten Gebiete ergreift hier das Wort. Die Sprachweise ist kurz und doch verständlich. Selbst schwierige Fragen — es sei als Beispiel auf das Stichwort „Rechtstraf“ verwiesen — wer-

den verständlich und erschöpfend behandelt. Das Buchlein ist deshalb genau wie die vorausgehenden Bände der Sammlung allen zu empfehlen, die sich schnell unterrichten wollen oder Nachweise über Gesetz und Entscheidungen zusammenstellen haben wollen. Wohlfahrtsämter und die Zweigstellen, insbesondere Reichsanstalten, Vereinigungen der Verlegungs- und Färbereibuch-Beruflichen, aber auch sonst alle Interessierten werden in dem Buchlein finden, was ein Nachschlagewerk im gegebenen Umfang für Theorie und Praxis zu bieten vermag. Eine warme Empfehlung dieses auch wohlfeilen Buches wie der anderen Bücher aus der Sammlung „Meyers Wörterbücher“ ist deshalb am Platze. Die Gesehgebung ist bis zum Abschluß des Jahres 1927 berücksichtigt.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Halberstadt. (8. Bezirk). Am Sonntag, den 28. April, abends 8 Uhr, findet im „Gästehaus“ (diesmal Spezialsaal) unsere Bezirksversammlung statt. Da in Anbetracht der Wochen eine sehr wichtige Tagesordnung vorliegt, ist es unbedingt erforderlich, daß der Besuch noch größer als beim letzten Mal wird. Für Unterhaltung ist bestens Sorge getragen. Alle Kameraden und deren Angehörige, sowie Freunde unserer Sache sind hiemit herzlich eingeladen. (Eingang durch das Gastzimmer).

Halberstadt. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet bei Otto Bollmann eine wichtige Vorlesungs- und Bezirksführer-Sitzung statt. Wichtiges Ergehen ist unbedingt notwendig.

Halberstadt. Am Mittwoch, den 25. April, abends 20 Uhr, findet beim Kameraden D. Bollmann, Bartenröder, eine kombinierte Sitzung der Bezirksführer und aller Kameraden statt, die gewiß sind, während der Wahlzeit auf's Achte zu gehen, um Wahlpropaganda zu betreiben. Da in dieser Sitzung sehr wichtige Fragen erörtert werden, wird das Ergehen aller in Frage kommenden Kameraden bestimmt erwartet.

Halberstadt. Jungbunnen. Donnerstag, abends 19 Uhr, Antritt am Spiegelsberg-Bahnhof zum Ausflug nach Langenstein. Regge Beteiligung wird erwartet.

Halberstadt. Unsere Mitglieder sind zu der morgen Mittwoch abends im kleinen Stadtparksaal stattfindenden Wahlversammlung der Parteizentralen Partei eingeladen. Gelingende Übernehmen wir den Saal für sich.

Wernigerode. (Spielplatz). Mittwoch, den 25. April, abends 8 Uhr, findet eine außerordentliche Sitzung statt, nachdem alle Sammler Spielzeuge haben unbedingt zu erscheinen.

Sport.

Arbeiter-Sportklub Halberstadt. Unsere fällige Monatsfeier findet morgen Mittwoch abends, pünktlich 8 Uhr, bei Otto Bollmann statt. Eine Einladung durch Karte erfolgt nicht. Wir bitten deshalb die Sportgenossen, hiervon an erster Stelle Notiz zu nehmen und pünktlich zu erscheinen.

Veranstaltungen.

Der weltbekannte Tenor Björn Zelen in Halberstadt. In seinem einzigen Lied- und Arienabend, pünktlich 8 Uhr, bei Otto Bollmann findet der Danzzeitliche Partei eingeladen. Gelingende Übernehmen wir den Saal für sich.

Der weltbekannte Tenor Björn Zelen in Halberstadt. In seinem einzigen Lied- und Arienabend, pünktlich 8 Uhr, bei Otto Bollmann findet der Danzzeitliche Partei eingeladen. Gelingende Übernehmen wir den Saal für sich.

Ein Welt-Panorama wird morgen Mittwoch hier wieder eröffnet und zwar in den früheren Hermannshof. Festlich. Eingang Wernigerode. Ein ausgezeichnetes Eröffnungsprogramm erwartet die Besucher. Die erste Reise führt nach Regensburg und der herrlichen Donauniederung, die zweite Reise in die Schweiz von Interlaken bis Genève. Die Eröffnung findet morgen Mittwoch nachmittags 6 Uhr statt. Das Panorama ist dann täglich von 2-10 Uhr geöffnet. Eintrittspreis 20 Pfg., Kinder 15 Pfg. (Siehe Anzeiger).

Aus Wernigerode

Schlafzimmer

Küchen, einzelne Betten, Betten in Holz, in Metall, Federbetten, Sessel, Chaiselongues, Sofas, und Milieu-Matratzen auf 1/2, Ausbahrungen und braunen Anhängeln nur im Bettenthaus Ditto, R. Katterstraße 62.

Richtwein, Erdbeerwein, Johannisbeerwein, Stachelbeerwein, Himbeerwein, Brombeerwein, Sagoobutterwein, Apfelwein, Bernhardt Guhrmann, Breitenstraße 74.



Große Auswahl, Fachmännische Beratung, Tapeten-Spezialhaus, Gothe & Götz, Breitenstraße Nr. 75.

Wahlkampfrecht

Verandgeber: Polizeipräsident Dr. Henzel - Magdeburg. Unentbehrliches Nützliches für jeden wahlberechtigten Wähler im Wahlkampfjahr 1927. Preis 60 Pfennig. Volksbuchhandlung, Burgstraße 9.

Schloß, Heute, Lichtspiele, 6 und 1/2 Uhr, Harry Liedtke, in dem großen entzückenden Lustspiel, Das Heiratsnest, mit Beiprogramm.



Druckmaschinen liefern schnell, Harzer Volksstimme.

Harzer Volksstimme

(Halberkädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangobrief, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezahlungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verleger: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. M. & S., Verantwortl. für Inhalt u. Wirtschaft: Kurt Woltenbutz, für den Halberst. Zeit. Richard Matthies, für Redakteur u. Inzerate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenspreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenspreise in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 100, Magdeburg 4626 und Solteschhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 3.

Nr. 97.

Mittwoch, 25. April 1928.

3. Jahrgang.

Die Wahlen in Frankreich.

Ein besseres Resultat als vorher erwartet.

Paris, 24. April. (Eig. Funkt.). Die im sozialistischen Parteiprogramm vorgesehene Fällung der für die sozialistischen Kandidaten in ganz Frankreich abzugebenden Stimmen ergibt ein bemerkenswertes und erfreuliches Resultat. Bis jetzt sind 1 620 000 sozialistische Stimmen gezählt. Das sind 25 000 Stimmen mehr als die sozialistische Partei am 16. November 1919 bei den ersten Wahlen nach dem Kriege erzielt hat, als sie noch nicht durch die Bolschewisten gestoppt war. Dabei ist die Zahl der Wahlberechtigten seit 1919 kaum gestiegen. Ein Vergleich mit 1924 ist deshalb nicht möglich, weil damals die Partei zum größten Teil gemeinsame Listen mit den bürgerlichen Linksparteien ergriffen hatte.

Es fehlen noch einige Ergebnisse aus den überseeischen Kolonien, in denen sozialistische Kandidaten in mehreren Fällen aufgestellt wurden. Der auf der Bestenliste des Kandidatenpartei, François Jaurès, der seit etwa drei Jahren wieder der sozialistischen Partei angehört und seit einigen Monaten Redakteur am „Populaire“ ist, ist bereits gewählt.

Was wird am kommenden Sonntag?

Das Interesse aller politischen Kreise in Frankreich konzentriert sich schon jetzt auf die Frage, wie die Stichwahlen am nächsten Sonntag organisiert werden sollen. Es ist bezeichnend für die Ernüchterung, die nach dem ersten Jubelgeschrei im Lager der Rechten sich geäußert hat, daß auch dort heute die strikte Disziplin aller Parteien der nationalen Einheit gefordert wird, um die Sozialisten und Kommunisten aus dem Spiele zu schlagen. Die Tatsache, daß die Sozialisten mit insgesamt 1,62 Millionen Stimmen sogar einen beträchtlichen Stimmengewinn verzeichnen konnten, drückt die Sorgen der Reaktion auf den zweiten Wahlgang sehr wesentlich heraus.

In verschiedenen Wahlkreisen sind bereits Verhandlungen eingeleitet worden, um das Bündnisproblem des alten Antifaschisten wieder in Gang zu bringen. Allerdings kann über die endgültige Gestaltung dieses Bündnisses nichts gesagt werden, weil noch keine Aufhebung der Parteien vorliegt.

Auf die Kommunisten

sind sich heute schon klar über das, was geschehen soll. Sie wollen tatsächlich ihren ebenfalls unünftigen wie arbeitereindlichen Kampf gegen die Sozialisten bis aufs Messer fortführen. „Unsere Partei hat bei den Stichwahlen“, so schreibt heute die „Humanité“, „alle Kandidaten gegen die Sozialisten aufrecht. Die Sozialisten wollten vom Wein der nationalen Einheit

trinken. Jetzt sollen sie den bitteren Kelch bis zur Reize leeren. Man komme uns nicht mit dem Unfug, daß wir damit das Spiel der Reaktion begünstigen, weil wir die Arbeiterstimmen zerpfücken. Die Reaktion kann doch nie mit dem Stimmgeiz gefangen werden. Der Sozialismus hat kein Recht mehr, einen Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, denn er hat sich veräußert und ist schon regierungsreif geworden.“

*

Das ist dieselbe unünftige Parole, wie sie auch in Deutschland von den Moskauern beliebt wird. Und diese dicken Lügen reden sie, obwohl noch kein einziger Kommunist aus eigener Kraft gewählt ist. Ohne sozialistische Hilfe würden die Kommunisten nicht ein einziges Mandat bekommen. Es wäre schon möglich, wenn die Partei diese Moskauer Phrasen einmal ihrem Schicksal überließe. Aber in Frankreich wird es so kommen, daß unsere Genossen, wie Leon Blum es schon tat, zu Gunsten der Kommunisten zurücktreten und diese für Poincaré arbeiten. Ebenso wie letzterzeit in Deutschland Thälmann für Hindenburg.

In Deutschland werden die Arbeiterwähler diesem Unfug am 20. Mai ein Ende machen.

Zwei Gegner.



Poincaré und Leon Blum.

Wo sitzen die Hecker?

Weshalb verbietet Herr von Knebel nicht die

deutsch-nationale Partei und den Landbund? Der Rote Frontkämpferbund stellt nach den Anlässen des deutsch-nationalen Jahresministers eine Gefahr für den Staat und für den ruhigen Verlauf der Wahlbewegung dar. Knebel führt die Auffassung auf, die Partei sei eine auf Brandreden kommunistischer Weltrevolutionäre bzw. revolutionäre Redensarten der kommunistischen Presse. Wir wollen uns mit diesen Phrasen nicht näher befassen. Aber wenn sie schon eine Gefahr für den Staat und den ruhigen Verlauf der Wahlbewegung darstellen und zu deren Unterbindung der Rote Frontkämpferbund verboten werden soll, dann hätte die deutsch-nationale Partei und der Reichslandbund längst verboten werden müssen. Was ist sich in den letzten Wochen an unvernünftiger Hege gegenüber dem Staat geleistet haben, ist nicht mehr zu übersehen. Hier einige Proben:

In einer Generalversammlung des Landbundes des Kreises Ditzschingler der bekannte deutsch-nationale Rittergutsbesitzer von Alvensleben-Neugattersleben im Februar 1928: „Und wenn es sein muß, so werden wir uns auch nicht nur der geistigen Waffen bedienen...“ Dann kämpfen wir mit anderen Mitteln, wie sie der Herrgott in unsere Hand gelegt hat.“

Im gleichen Monat erklärte der bekannte Stahlhelmführer Düsterberg auf einer Tagung des Landbundes des Saalkreises in Halle: „Geben Sie mit Hunderttausenden von uns auf die Straße, um Ihre Forderungen durchzubringen, und wenn auch einige liegen bleiben. Sie werden hier viel erreichen.“

Der Landbund der Ostpreignitz ließ kürzlich einen Aufruf an den Berliner Anschlagäulen platieren, in dem gelautet wurde: „Gnade Euch Gott Ihr Volksverderber, wenn der Bauer aufsteht im Sattel! — Weiter heißt es dann: „Mordet oder geht geistig bereit, mit Euren Weibern den Kampf zu führen.“

Am März jagte der deutsch-nationale „Königliche Landrat“ a. D. von Herzberg-Söllin nach der „Norddeutschen Presse“ in Braunschweig: „... Dann werden wir noch irgendwo im Wald einen Eid finden, dann werden wir geschossen zu Hunderttausenden nach Berlin jagen, um dort, wie ein die schwedischen Bauern, unser Recht zu vertreten.“

Der „Oberbairner Landbund“ jagte am 5. März

1928 in Briesen eine Entschädigung mit folgenden Kernsätzen: „An allen Orten ist der Kampf zu organisieren, insbesondere durch Sicherstellung der Reichstagsübermittlung und der Reichsbereitschaft aller bis ins Unmögliche. Schwächliche Zurückhaltung ist zu fordern. Wir sind nicht gewillt, Zwangsmaßnahmen weiter zu ertragen. Die Kuh bleibt im Stalle, der Stall bleibt unser.“ Das System dieses Staates wird an der Dorfgemeinschaft scheitern.“

Auf einer Tagung des Hannoverischen Landbundes in Göttingen sagte der Vorsitzende Cordes, ebenfalls deutsch-national, nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ vom 10. März 1928: „Wir lassen uns nicht von unserer Scholle treiben. Wenn befohlen wird: „Das Gewehr über, die weiße Armee fecht bei Göttingen“, dann ja, alles was zu gehören.“

In diese Hege von deutsch-nationaler Seite stehen die Kommunisten mit ihren blutdürstigen Phrasen nicht einmal heran. Trotzdem hat der deutsch-nationale Innenminister die Hecker nicht einmal gewarnt. Den Roten Frontkämpferbund aber will er verbieten, obwohl Mitglieder dieser Organisation sich nicht mehr und nicht weniger haben zuschulden kommen lassen als viele Anhänger der deutsch-nationalen Partei und des Stahlhelms. Draufschrei kann u. E. die „Objektivität“ des deutsch-nationalen Parteiministers von Knebel kaum bezeugen werden.

Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Auf Grund der Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

kann ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit festgestellt werden. Ende März waren insgesamt 9,3 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, (Ende Februar 10,5 Prozent), während 3,6 (3,5) in Kurzarbeit standen. Ende März 1927 waren 11,8 Prozent arbeitslos und 4,3 Kurzarbeiter.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist ziemlich allgemein. Nur in der Federindustrie ist eine Verletzung eingetreten. Der merkwürdige Fall auch bei den Seilern und Tapetenern ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Am härtesten ist der Rückgang in den Bauarbeiten und Gärtnern. Aber auch hier waren noch Ende März 20 Prozent (22,8 Prozent) arbeitslos.

Vor dem zweiten Wahlgang.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Paris, 23. April. (Eig. Drahtber.)

Am Laufe des Montag ist in der Berechtigung des Wahlberechtigten ein unverkennbarer Stimmungsumschwung eingetreten, der in allen Blättern von rechts bis links zum Ausdruck kommt. Der erste Eindruck in der Nacht vom Sonntag zum Montag stand im Zeichen der zunächst eingetragenen Ergebnisse von Paris und Umgebung. Dabei die Zufriedenheit auf der Rechten und die Gleichgültigkeit bei den Sozialisten, auf die vor allem das schärfste Aufsehen von Leon Blum in demselben wachte. Inzwischen sind aber die Ergebnisse aus den ganzen Lande eingetroffen, zuletzt die für die Partei sehr wichtigen Meldungen aus dem industriellen Norden und aus den ländlichen Gegenden Südranfranks. Es sind zwar dort fast ausschließlich Stichwahlen notwendig, aber in den meisten Fällen sind die Sozialisten für die sozialistischen Kandidaten recht gut. Am Norden brauchen allerdings die Sozialisten wenigstens einen Teil der kommunistischen Stimmen, im Süden brauchen sie in vielen Fällen die radikalsten Stimmen, um die reaktionären Kandidaten zu besorgen. In den meisten Fällen dürfte die Partei Stimmen sowohl von der einen wie von der anderen Seite erhalten.

Die Parole M o s k a u, die ausgereiften kommunistischen Kandidaten aufrecht zu erhalten ist einfach und durchführbar geworden; denn einmal würden sich die kommunistischen Wähler angesichts der drohenden reaktionären Gefahr zum großen Teil um die Parole einfach nicht kümmern, auf der anderen Seite brauchen die Kommunisten unbedingt die sozialistischen Stimmen, um überhaupt irgendwelche Kandidaten im zweiten Wahlgang durchzubringen.

Da die führenden Kreise der sozialistischen Partei sich in ihren Programmen ungewissheit gelöst haben, wie sie selbst offen gegeben und besonders in der Hauptstadt wesentlich leichter abgeschritten haben, als sie es doch, möchten wir diesmal nicht allzu sehr auf den neuerdings wiederbelebten Optimismus bauen, der logar abermals die Möglichkeit eines sozialistischen Kandidatenwunders gegenüber der alten Stammeur für gegeben hält. Aber noch charakteristischer sind die besorgten Kommentare der Reaktionspresse, vor allem im „Intranquill“, über die Gefahr eines gescheiterten Vorgehens der Linksparteien, d. h. der Sozialisten mit den Kommunisten und der Radikalen mit den Sozialisten am nächsten Sonntag.

Alle Blätter von rechts bis links stimmen ebenfalls darin überein, daß man einstimmen noch gar nichts sagen kann, daß der erste Wahlgang das Land in einen Zustand der Konfusion und der Ungewissheit gelassen hat und erst der zweite Wahlgang für das künftige Schicksal des Parlaments und für die Regierungspolitik der nächsten Zeit den Ausschlag geben wird.

In den nächsten Tagen werden die sozialistischen Bezirksverbände zu den Ergebnissen des ersten Wahlgangs Stellung nehmen und die Parole für den zweiten Wahlgang aussprechen. Nach den Beschüssen des letzten Parteitagess kann von einer einheitlichen Parole für ganz



Die Kommunisten hatten also verhältnismäßig leichtes Spiel, in den Wahlvereinigungen die Sozialisten zu kritisieren. Es mußten insbesondere den größten Teil ihrer Zeit in den Beratungen damit abgeben, die Taktik der Reaktion zu erklären und auch die Handlungen Paul Boncourts zu entziffern. Das war nicht immer leicht.